



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

April 2022

Der Krieg bestimmte auch den Landesparteitag



Die Debatten waren nicht einfach, der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine stellt manches in Frage. Unstreitig aber: Die LINKE. verurteilt den Krieg gegen die Ukraine **und** die Aufrüstungspläne der Regierung. Im Bild Zaklin Nastics Rede vor dem Parteitag Foto: -ena

Redaktionsschluss für die Mai-Ausgabe:
Sonntag, 01.05.2022

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Strategiekonferenz am 10. April	S. 2
BO Wilhelmsburg	S. 3
Woche des Gedenkens / 8. Mai	S. 4
8. Mai Feiertag? Gedenktag?	S. 5
... aber die NATO! ...	S. 7
Przemyśl in diesen Tagen	S. 9
8. März / 1. Mai	S. 10
Mietenexplosion und Verdrängung	S. 11
Lust auf Kommunalpolitik?	S. 14
Roberto Perez Hagen	S. 14
Termine / Kontakt	S. 16

Strategiekonferenz am 10. April im Bürgerhaus Wilhelmsburg

Spätestens das schlechte Wahlergebnis zur Bundestagswahl 2021 hat gezeigt: DIE LINKE muss sich und ihre Argumentation zur Durchsetzung ihrer Ziele infrage stellen und ihre Strategie kritisch hinterfragen. Als Mitgliederpartei wollen wir dies im Hamburger Landesverband mit euch als Mitgliedern der LINKEN tun. Und zwar im Rahmen unserer **Strategiekonferenz im Bürgerhaus Wilhelmsburg**, die wir für den November 2021 geplant hatten und im Jahr 2022 auf jeden Fall nachholen werden.

Ausgehend von Eingangreferaten zum Thema „Wo steht DIE LINKE“, über kurze beispielhafte

Ablauf

10:00 Uhr: Begrüßung, Keyvan Taheri (Landessprecher)

10:15–13:00 Uhr:

Wo steht die LINKE? – je 22-23 Minuten

- Input 1: **Janis Ehling** (Mitglied des Parteivorstands, Bewegungslinke)
- Input 2: **Constantin Braun** (Mitglied des Bundessprecherrats der Sozialistischen LINKEN, *angefragt*)

Praxisinputs – je 4-5 Minuten

- BR Gesundheitsbereich, Bevo Eimsbüttel – **Nina Geier** (angefragt)
- Linksaktiv Altona – **Klaus Peter Berndt/Daniel Friedrich**
- Aktion „Rote Zelte“ – **Angelika Traversin**
- Volksinitiative gegen Rüstungsexporte – **Victoria Mader**

Diskussion – 90 Minuten

13:00–13:30 Uhr: Pause (mit Snacks und Getränken)

13:30–15:30 Uhr: Arbeitsgruppen zu den Leitfragen

	Gruppe 1 (entfällt!)	Gruppe 2	Gruppe 3	Gruppe 4
Moderation		Keyvan Taheri	Suzana Kamperidis	Sabine Ritter
Protokoll		Heike Sudmann	Therèse Fiedler	Sabine Heimfeld
Input 1 (10 Minuten)		Christiane Schneider	Gerald Kemski	David Stoop
Input 2 (10 Minuten)		Andreas Grünwald	Julian Georg	Uli Ludwig
Diskussion (100 Minuten)				

15:30 Uhr: Interview [N.N.] mit den Moderator:innen der Arbeitsgruppen

Ab 16:00 Uhr: Ausklang mit Getränken u. „Feedbackwand“ im Foyer

Inputs aus unterschiedlichen, beispielhaften Bereichen von praktischen Aktionen linker Politik wollen wir vor allem mit euch in überschaubaren Arbeitsgruppen diskutieren, wen wir ansprechen wollen, was Schwerpunkte sein könnten, was wir erreichen wollen, wohin die Reise mit dieser Gesellschaft und der LINKEN gehen soll und was sinnvolle Mittel sind, um unsere Ziele zu erreichen.

Uns geht es nicht darum, fertige Antworten zu liefern, sondern miteinander, jenseits des Entscheidungsdrucks von Parteitagen, Argumente zu hören und uns auf neue Ideen einzulassen.

Die LINKE BO-Wilhelmsburg/Veddel

Kaffeeduft liegt in der Luft. Butter, Brötchen und ein Ei. Oh, wie wir uns auf dich freuen!

Einladung

Liebe Genossinnen und Genossen,

da aus unterschiedlichen Gründen nicht immer alle Genossinnen und Genossen an BO-Treffen teilnehmen können und auch mehrfach, insbesondere von neuen Mitgliedern, der Wunsch geäußert wurde sich einmal jenseits von Tagesordnung und Beschlussfassung zu treffen möchten wir euch rechtherzlich zu einem

gemeinsamen Frühstücksplausch

einladen. Wir treffen uns im **Café Pause** in der **Honigfabrik Wilhelmsburg**

am **Samstag, den 9. April 2022, ab 10:00 Uhr** und freuen uns auf eure Teilnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Miriam + Jürgen

P.S.: Das Frühstück kostet euch nix außer guter Laune.



Bezahlbare Miete statt fetter Rendite!

Mieten und Wohnen auf den Elbinseln

Informations- und Diskussionsveranstaltung der Stadtteilgruppe Wilhelmsburg/Veddel **DIE LINKE**



Wohnen auf der Elbinsel ist teuer geworden und gerade für Menschen mit niedrigen Einkommen kaum noch bezahlbar. Die Zahl der Sozialwohnungen auf der Elbinsel stagniert während der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum steigt. Kann der geplante Bau von 6000 Wohnungen auf der Elbinsel das Problem lösen?

Wir diskutieren mit

Heike Sudmann

(MdBü und Wohnungspolitische Sprecherin DIE LINKE Hamburg)

Gilbert Siegler

(Volksini KEINE PROFITE MIT BODEN & MIETE)



Moderation: **Manfred Schubert**

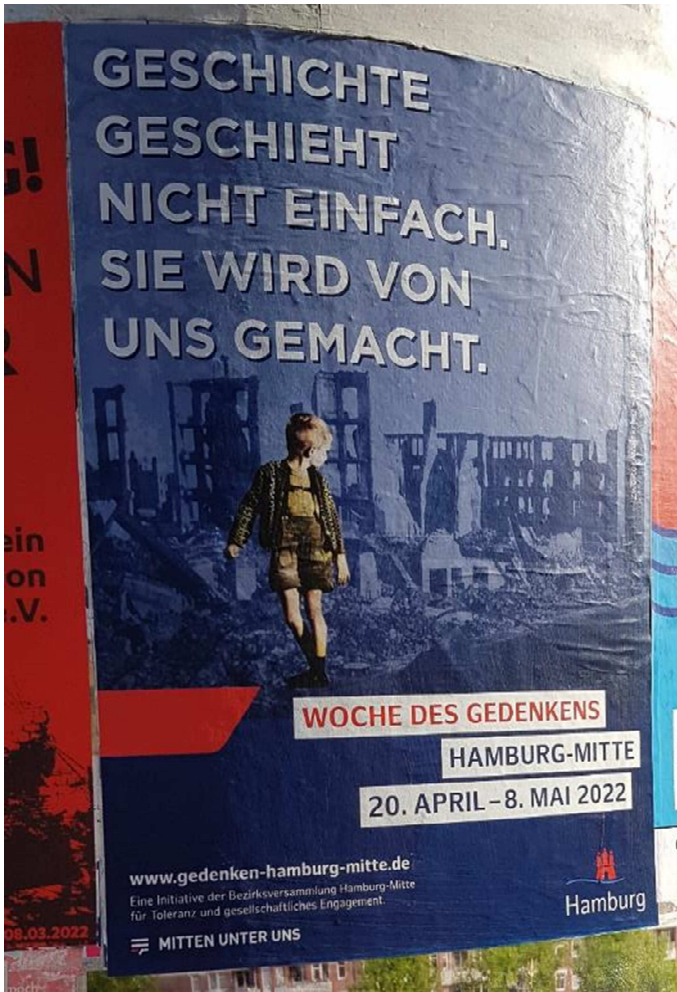
(Sprecher **DIE LINKE** Stadtteilgruppe Wilhelmsburg/Veddel)

Dienstag, 05. April 2022, 19:00 Uhr

Bürgerhaus Wilhelmsburg

Es gilt die 2G/Regelung

20.4. bis 8.5.: Woche des Gedenkens im Bezirk Mitte



Zum dritten Mal findet jetzt die von der Bezirksfraktion der LINKEN initiierte Woche des Gedenkens im Bezirk statt, diesmal hoffentlich nach 2020 und 2021 vor allem mit Präsenzveranstaltungen.

Vom 20.4. (Räumung des KZ Neuengamme, Morde am Bullenhusener Damm) bis zum 8. Mai (Tag der Befreiung) finden über 70 Veranstaltungen im ganzen Bezirk, von Finkenwerder bis Billstedt statt. Neu ist, dass am 3. Mai (Tag der Befreiung in Hamburg) bei der zentralen Veranstaltung der Bezirksversammlung im Museum für Hamburgische Geschichte der neu geschaffene Preis „Verantwortung damals und heute“ im Gedenken an Esther Bejarano verliehen wird.

Die Palette der Veranstaltungen ist vielfältig, von Rundgängen über Ausstellungen und Filmvorführungen bis hin zu Diskussionen und feierlichem Gedenken. Alle Aspekte – Alltagsleben, Krieg, Verfolgung und Widerstand werden beleuchtet. Kurzum, dank der Koordinatorin Nicole Mattern findet die Woche so statt, wie unsere Fraktion sich das vorgestellt hat.

Das Programm findet ihr unter:

www.gedenken-hamburg-mitte.de

Foto: Steffen Leipnitz, Litfaßsäule am Ossietzkyplatz

Save the date

Esther Bejaranos Vermächtnis umsetzen – den 8. Mai zum Feiertag machen!

im Zusammenhang mit dieser Forderung lädt euch die **DIE LINKE** Bezirksfraktion zu einem Antifaschistischen Stadtrundgang und einer Antifaschistischen Hafenrundfahrt Anfang Mai ein:



Antifaschistischer Stadtrundgang

mit: **Andreas Grünwald**

(Stadtführer, Journalist, politischer Aktivist)

Montag, 2. Mai, 18:00 Uhr

Antifaschistische Hafenrundfahrt

mit: **Herbert Diercks**

(Historiker/ Archivar/ Mitarbeiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme)

Samstag, 7. Mai 2022, 13:45 Uhr

Weitere Informationen erhaltet ihr mit der Einladung in den nächsten Tagen!
Wir freuen uns auf eure Teilnahme!

DIE LINKE Bezirksfraktion Hamburg-Mitte/ Borgfelder Straße 83/20539 Hamburg/ Tel.: 040 28576908/ Mail: geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Aus der Bezirksfraktion:

Den 8. Mai zum Feier- oder Gedenktag machen?

Am 10. Juli 2021 ist Esther Bejarano gestorben. Wenige Tage zuvor, hat Esther sich noch mit einer Video-Botschaft zum Tag der Befreiung an uns alle gewendet. Darin bezog sie noch einmal deutlich Stellung zu aktuellen Auseinandersetzungen in der Stadt Hamburg und im ganzen Land. Obwohl sie dabei schon im Rollstuhl saß, waren ihre Worte klar. Sie forderte u.a.

„Der 8. Mai muss ein Feiertag werden! Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann. Das ist überfällig seit sieben Jahrzehnten. Und hilft vielleicht, endlich zu begreifen, dass der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung war, der Niederschlagung des NS-Regimes.“

Inzwischen unterstützen neben dem >Bündnis 8. Mai < und dem >Hamburger Ratschlag für den 8. Mai< diverse Organisationen und Einzelpersonen die Forderung: „**Esther Bejaranos Vermächtnis umsetzen – den 8. Mai zum Feiertag machen!**“

Wir, die Bezirksfraktion, haben Anfang Februar die Einbringung eines entsprechenden Antrags in die Bezirksversammlung beschlossen (siehe unten). Mit den GRÜNEN konnten wir uns schnell auf eine gemeinsame Einbringung einigen und fragten gemeinsam die SPD an, ob sie den Antrag als Antragstellerin mitzeichnet. Die Antwort der SPD: „Die Koalition sieht hier die Zuständigkeit eigentlich nicht bei der BV, unterstützt das Anliegen jedoch grundsätzlich. Allerdings sehen die Koalitionsfraktionen nicht zwingend die Forderung nach einem zusätzlichen gesetzlichen Feiertag. **Wir könnten uns jedoch auf die Forderung nach einem Gedenktag einigen.**“ Damit bleibt die SPD-Fraktion hinter ihrem eigenen Landesparteitagsbeschluss, der einen Feiertag fordert, zurück.

Im Meinungsbild hat sich die Fraktion dann mehrheitlich dafür ausgesprochen, auf den Vorschlag der SPD **-Gedenktag statt Feiertag-** einzugehen. Unabhängig davon hatten uns die GRÜNEN mitgeteilt, dass sie den SPD-Vorschlag >Gedenktag< mitgehen, den Feiertag nicht mehr.

Abgesprochen ist jetzt mit der SPD und den GRÜNEN, dass ein Antrag **>8. Mai zum Gedenktag machen<** interfraktionell aufgesetzt und von der Bezirksversammlung am 21. April beschlossen werden soll.

Im Ergebnis bis hierher sicher nicht zufriedenstellend, aber die Diskussion um Gedenktag oder Feiertag bietet m. E. gute Anknüpfungspunkte antifaschistisches Bewusstsein zu bilden und zu schärfen.

Im Übrigen noch der Hinweis, dass die SPD in den Bezirken Nord und Eimsbüttel die Forderung nach einem Feiertag im Unterschied zu Mitte mitträgt.

Jürgen Olschok

Und hier der **Antrag**

der Mitglieder der Bezirksversammlung **Alexander Götz, Theresa Jakob, Steffen Leipnitz, Ina Morgenroth, Jürgen Olschok, Maureen Schwalke, Marinus Stehmeier, Ronald Wilken, (DIE LINKE.)**

Esther Bejaranos Vermächtnis umsetzen – den 8. Mai zum Feiertag machen!

Sachverhalt:

Anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung des KZ Auschwitz, forderte die Vorsitzende des Auschwitz-Komitees in der Bundesrepublik Deutschland, Esther Bejarano, den 8. Mai zu einem Feiertag zu erklären:

„Ich fordere: Der 8. Mai muss ein Feiertag werden! Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann. Das ist überfällig seit sieben Jahrzehnten. Und hilft vielleicht, endlich zu begreifen, dass der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung war, der Niederschlagung des NS-Regimes. Wie viele andere aus den Konzentrationslagern wurde auch ich auf den Todesmarsch getrieben. Erst Anfang Mai wurden wir von amerikanischen und russischen Soldaten befreit. Am 8. Mai wäre dann Gelegenheit, über die großen Hoffnungen der Menschheit nachzudenken: Über Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – und Schwes-terlichkeit.“

Esther Bejarano in einem offenen Brief an die Regierenden und alle Menschen, die aus der Geschichte lernen wollen, erstellt am 26. Januar 2020.

Am 3. Mai, 2021 erklärte sie in Hamburg: *"Der 8. Mai ist in vielen Ländern Europas längst ein Feiertag. In Deutschland wird vom "Tag der Niederlage" gesprochen, das sei kein Tag zum Feiern. Kritiker sollten aber darüber nachdenken, wie wir heute leben würden, wenn die Nazis den Krieg gewonnen hätten! Der 8. Mai ist ein Tag der Hoffnung, ein Tag des Nachdenkens!"* <https://www.auschwitz-komitee.de/5249/esther-bejarano-wir-sind-da-meine-befreiung-im-mai-1945-und-meine-hoffnungen/>

Der 8. Mai 1945 ist auch für Hamburg ein symbolträchtiger Tag. Die Gegner:innen des Faschismus lagen sich in den Armen und feierten die Befreiung. Nazi-deutschland wurde besiegt, die Barbarei beendet. Leider wird dieser Tag in Deutschland nicht gebührend gewürdigt. Es ist an der Zeit, dieses zu verändern. Der 8. Mai muss, wie schon in Berlin, auch in Hamburg zu einem Feiertag werden!

Beschluss:

Die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte spricht sich dafür aus, dass der Hamburger Senat und die Bürgerschaft den 8. Mai zu einem Feiertag erklären.

„...aber die NATO!“ – Die Uneinigkeit der Partei während des Ukraine-Krieges

Was für viele undenkbar erschien, ist nun Realität: Krieg herrscht in der Ukraine. Das ist vor allem eins: Schrecklich! Es ist schrecklich mitanzusehen, wie die Zahl toter Zivilist_innen täglich steigt. Es ist unfassbar traurig, wie der Terror des Krieges Millionen von Frauen und Kindern zwingt ihre Heimat zu verlassen. Es ist nicht weniger schlimm, dass Millionen von Männern gezwungen werden in der Ukraine zu bleiben und nicht mit ihrer Familie vor dem Leid und der Zerstörung fliehen können. Diese Menschen können am wenigsten für den Krieg und müssen dennoch am meisten darunter leiden.

Währenddessen streitet unsere Partei über die Deutungshoheit in diesem Konflikt. Teile der Bundestagsfraktion relativieren den Einmarsch in die Ukraine mit einer vermeintlich aggressiven Expansion der NATO. Auch in unserem Landesverband und insbesondere im Verteiler des Bezirksverbandes Mitte wird dieses Narrativ durch Statements bedient, die als Aufrufe getarnt werden. Allerdings ist die Darstellung einer aggressiv vorgehenden NATO bei näherer Betrachtung kaum haltbar.

Mit diesem Aufsatz möchte ich dazu beitragen ein Verständnis für die sicherheitspolitische Situation in Zentral- und Osteuropa zu schaffen. Denn nur durch konstante Bildung und Selbstbildung ist es möglich, dass eine Partei sich den sich verändernden Verhältnissen der Moderne anpasst.

1. Gorbatschow und Baker

Kritiker_innen der NATO-Osterweiterung werfen „dem Westen“ vor, sich nicht an Abmachungen mit der Sowjetunion und ihrem Rechtsnachfolger, der Russischen Föderation, gehalten zu haben. Allein diese simplifizierte Grundannahme bedarf einer exakten Betrachtung. In der Realität gab es eine solche Abmachung, zumindest in schriftlicher Form, nicht.

Völkerrechtlich relevante Dokumente sind in diesem Zusammenhang der Zwei-plus-Vier-Vertrag und das Budapest Memorandum. Im Ersteren wurden keine verbindlichen Vertragsinhalte festgelegt, die die NATO von einer Aufnahme neuer Mitglieder abhält. Es wurde lediglich festgelegt, dass keine Atomwaffen in Ostdeutschland stationiert werden dürfen. Zweiterer untersagt der Russischen Föderation, den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich die Anwendung von Gewalt oder ökonomischen Zwang innerhalb der Ukraine.

Schwierig wird die Interpretation der belegbaren mündlichen Zusagen von Baker, dem damaligen Außenminister der USA, und später von Clinton gegenüber Jelzin. In diesen Zusagen wurde Russland zugesichert, dass keine weiteren Mitglieder dem Bündnis beitreten werden, was damals noch undenkbar erschien (Kórshunov 2014). Dies veränderte sich erst 1993. Wie Gorbatschow in einem Interview 2014 beschreibt, verstößt diese Veränderung gegen den *Geist* des Zwei-plus-Vier-Vertrages, nicht aber gegen den Vertrag *per se* (ebd.). Im Vertrag wurden diese Inhalte nicht schriftlich festgelegt.

In der Auslegung dieser mündlichen Zusage liegt nach dem russischen Narrativ die initiale Verletzung russischer Sicherheitsinteressen und damit die Wurzel des Konflikts. Sicherlich ist der Wortbruch einer mündlichen Absprache nicht Gentleman-like. Insbesondere auf der internationalen Ebene spielt direkte Reziprozität eine entscheidende Rolle und unverbindliche Zusagen sind häufig nötig um zu Einigungen zu kommen.

Allerdings sollte dieses Narrativ aus linker Sicht aus zwei Gründen kritisch betrachtet werden. Erstens sind wir die Partei des Völkerrechts, nicht die Partei der mündlichen Absprachen zwischen zwei Präsidenten. Das Verhalten der USA ist definitiv unwürdig, kann jedoch nicht als Grundlage für einen Erklärungsansatz zur Relativierung des Krieges in der Ostukraine dienen, da es keine rechtlich bindenden Zusagen gab. Zweitens wurden im Kontext der Vertragsverhandlungen die potentiellen neuen Mitglieder nicht konsultiert. Es wurde über die Köpfe neu-entstehender und -entstandener Demokratien in Zentral- und Osteuropa beraten, dass diese nicht Mitglied der NATO werden sollen. Aus linker Perspektive sollte das Selbstbestimmungsrecht der Völker über dem Anspruch zweier Großmächte stehen. Zwar schlugen sowohl Clinton, als auch Bush Jr. innenpolitisches Kapital aus dem Beitritt der Neumitglieder, allerdings waren es die Staaten selbst, die sich um einen Beitritt bewarben. In Ungarn, Slowenien, Georgien und Nordmazedonien sprach sich in Referenden ein überwältigender Anteil der Bevölkerung für einen Beitritt zur NATO aus. Der Grund hierfür ist vor allem in der Historie dieser Länder verankert.

2. Das Sicherheitsbedürfnis in Osteuropa

Was in Westeuropa und der westeuropäischen Linken leider zusehends vernachlässigt wird, ist die Perzeption der Zeit des Realsozialismus in

Zentral- und Osteuropa. Wie Susánszky (2021) argumentiert, gibt es grundlegende Unterschiede zwischen dem kollektiven Gedächtnis des Westens und des Ostens des Kontinents. In Westeuropa ist das prägende historische Ereignis der zweite Weltkrieg, symbolisiert durch die Jahreszahl 1945, und die dafür verantwortliche Ideologie des Nationalsozialismus. Deshalb liegt der grundlegende demokratische Konsens, der sich aus dem vorhandenen Kollektivgedächtnis ergibt, in der Wahrung von Freiheits- und Minderheitsrechten, damit sich die Schrecken des Nationalsozialismus nicht wiederholen. Im Kollektivgedächtnis der meisten Osteuropäer_innen markiert 1945 hingegen lediglich den Übergang von einer Fremdherrschaft zur nächsten. Befreit vom dritten Reich, wurden fast alle osteuropäischen Länder zu Satellitenstaaten der Sowjetunion oder direkt (wieder-)eingegliedert. Dies wird im kollektiven Gedächtnis nicht als Befreiung, sondern als weitere Unterdrückung wahrgenommen, sodass die Demokratien im Osten des Kontinents auf Eigenständigkeit und die Minimierung äußerer Einflüsse aus sind.

Die für das Kollektivgedächtnis traumatischen Erfahrungen, dürfen bei der Betrachtung aus westlicher Sicht nicht vernachlässigt werden. Sie sind die Basis dafür, warum sich Länder wie Polen oder die baltischen Staaten an die NATO wenden. Sie wollen und brauchen ein Mittel um ihre Eigenständigkeit durch ein Verteidigungsbündnis zu schützen. Auch für die Ukrainer_innen spielt dieses Verlangen nach Eigenständigkeit, die in der Historie wiederholt von den Nachbarn geraubt wurde, eine entscheidende Rolle, wie etwa der Euromaidan zeigt, der nicht zuletzt deshalb in der Ukraine als „Revolution der Würde“ bezeichnet wird.

Im Kontrast dazu, darf die Sowjetunion, so schwer es vielen Genoss_innen auch fallen mag, nicht mehr glorifiziert werden. Das sowjetische Narrativ von Bruderrepubliken hält einer kritischen postkolonialen Betrachtung kaum stand. Das zentrale Machtorgan, die Kommunistische Partei, war in einzelnen Sowjetrepubliken von Menschen mit russischer Herkunft dominiert. Zusätzlich waren die Wirtschaft sowie insbesondere die Industrie im Westen der UdSSR und vor allem in der Russischen SSR zentriert. Außerdem wurden die Republiken, je nach dem Willen der Kommunistischen Partei, geteilt oder einzelne Regionen abgetrennt. Darüber hinaus gab es Umsiedlungsprojekte, welche die kulturelle Zusammensetzung der Republiken veränderten und zeitweise, wie zum Beispiel in Kasachstan, die einheimische Bevölkerung zur Minderheit machte.

Zu guter Letzt dürfen die Verbrechen Stalins, im ukrainischen Kontext insbesondere Holodomor, nicht außer Acht gelassen werden. All diese Punkte entsprechen eher einem Kolonialstaat, als einem kommunistischen „brüderlichen“ Miteinander und werden deshalb zurecht in postkolonialen Studien und der Kulturanthropologie erforscht. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Sowjetunion findet in der russischen Gesellschaft bisher nicht im selben Maße wie in der internationalen Forschung statt.

Selbstverständlich sollte den Russ_innen auch ein Sicherheitsbedürfnis zugestanden werden. Die Stationierung feindlicher Truppen in der Ukraine wäre eine sicherheitspolitische Katastrophe für die Russische Föderation, da Wolgograd von der Ostgrenze der Ukraine etwa 300km entfernt ist. Das ehemalige Stalingrad ist von enormer ökonomischer und strategischer Bedeutung, da hier ein Großteil der südrussischen Öl- und Gasindustrie angesiedelt ist, die wiederum mit 35% die Hauptexportgüter Russlands darstellen. Das vorhandene Sicherheitsbedürfnis zu verwenden um den Einmarsch in die Ukraine zu relativieren, unterbietet jedoch nicht nur die analytischen Fähigkeiten unserer Partei, sie ist ebenso realitätsfern. So ist die NATO nicht nur ein Verteidigungsbündnis, sondern es war 2005 die ukrainische Bevölkerung, die gegen einen NATO-Beitritt protestierte, was zur Folge hatte, dass ein Beitritt nur durch ein Referendum beschlossen hätte werden können. Allerdings wurde 2008 (im Jahr des Georgienkrieges) das Beitritts-gesuch vom Bündnis abgelehnt und erst wieder aufgenommen, als die Krim von der Russischen Föderation annektiert wurde und ein Bürgerkrieg im Donbas herrschte.

Eine Relativierung sollte dementsprechend im Diskurs nicht stattfinden. Weder sind die Thesen über eine aggressive oder gar imperialistische Osterweiterung der NATO in Anbetracht der Tatsachen tragbar, noch ist ein präventiver Schlag gegen einen Beitritt der Ukraine auch ansatzweise plausibel, gerechtfertigt oder gar aus linker Perspektive relativierbar.

3. Schlüsse für eine Linke Politik

Da sich die Welt von Unipolarität, gekennzeichnet von der Hegemonie der USA, hin zu einer multipolaren Weltordnung entwickelt, werden Kriege immer wahrscheinlicher. Die Linke muss sich daher gegen Krieg, Waffenexporte und Neokolonialismus stellen. Auf internationaler Ebene kann das nur gelingen, indem sich eine reformierte Europäische Union eine Rolle als Vermittlerin des Friedens, der internationalen Gerechtigkeit und einer echten Entwicklungshelferin einnimmt. Hierzu heißt es im Parteiprogramm:

„Wir wollen eine Europäische Union, die als Teil der einen Welt gleichberechtigte internationale Beziehungen fördert, eine solidarische Weltwirtschaft anstrebt und ihrer Verantwortung zur Lösung der globalen Probleme gerecht wird. Diese Grundsätze werden wir unserer gesamten politischen Arbeit zugrunde legen. Die Linke in Europa ist gefordert, den Kampf um die Europäische Union aufzunehmen. Ein anderes Europa, eine EU, die ihr Gestaltungspotenzial im Interesse von Millionen Menschen in aller Welt nutzt, ist möglich – wenn es gelingt, die Politik und Entwicklung der Europäischen Union zu verändern, sie an Frieden und zivilen Konfliktlösungen zu orientieren, an Demokratie, der Überwindung des Patriachats, an sozialer Sicherheit und ökologischer Nachhaltigkeit und an einer Wirtschaft, die den Menschen dient. Dieses andere Europa kann entscheidend dazu beitragen, dass eine andere Welt möglich wird.“

Außerdem muss die Partei die historisch und im Kollektivgedächtnis verankerten Sicherheitsinteressen der Zentral- und Osteuropäischen Staaten ernstnehmen und die daraus resultierende Zueinanderhaltung zur NATO respektieren. Ferner müssen Deutschland und Europa eine strategische Autonomie in den internationalen Beziehungen beweisen, indem sie sich von der US-amerikanischen Außenpolitik emanzipieren. Dies kann mittelfristig

4. Quellen

<https://www.sueddeutsche.de/politik/sowjetunion-nato-osterweiterung-kohl-gorbatschow-1.5494161>

<https://www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1080/13501763.2020.1768279?needAccess=true>

https://www.rbth.com/international/2014/10/16/mikhail_gorbachev_i_am_against_all_walls_40673.html

nur durch ein europäisches Sicherheitssystem erfolgen, perspektivisch unter der Einbeziehung eines demokratischen, nicht imperialistisch agierenden Russlands. Hierzu heißt es im Parteiprogramm: „Für DIE LINKE ist Krieg kein Mittel der Politik. Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat.“

Zu guter Letzt braucht es eine praktische Friedenspolitik: Anstatt dem Versuch Tourist_innen vor dem Rathaus zu erreichen oder Veranstaltungen zum Selbstzweck zu organisieren, müssen die Mitglieder der Partei den Kontakt auf Augenhöhe zur Zivilgesellschaft suchen. Dies erfolgt nicht am Rathausmarkt, sondern in Haustürgesprächen sowie an Infotischen und dies nicht, indem mensch von oben herab die belehrende Haltung einer bösen, expansionistischen NATO einnimmt, sondern im Gespräch auf gemeinsame Nenner verweist, etwa die Position zu Waffenexporten oder die Aufnahme von Personen, die vor dem Krieg in der Ukraine flüchten.

Anstatt uns innerparteilich darüber zu streiten, ob die NATO eine Mitschuld am Krieg in der Ukraine hat, sollten unsere Kapazitäten der Vernetzungen mit der der Friedensbewegung in Russland sowie Unterstützung der Geflüchtetenhilfe in Hamburg dienen.

Patrick Walkowiak

Impressionen von der polnisch-ukrainischen Grenze



Mein Aufenthalt in Przemyśl war eine Achterbahnfahrt der Gefühle. Mit ein paar Freunden von der Universität sammelten wir Spenden, um den Geflüchteten an der polnisch-ukrainischen Grenze zu helfen. Los ging es mit der Ankunft am Flughafen in Rzeszów: Am Flughafen war so viel Militär, wie ich es noch nie gesehen hatte. Überall standen polnische Soldat:innen, die Landebahn war gesäumt von Flugabwehrraketen und es kamen mehr militärische als zivile Flugzeuge an. Übernachtet haben wir in einem Kloster unweit vom Bahnhof entfernt, an dem die Züge aus der Ukraine als erstes halten, nachdem sie die Grenze überquert haben. Die beruhigende Atmosphäre war das komplette Gegenteil zu der Hektik im örtlichen Tesco (vergleichbar mit Kaufland), der kurzerhand zu einem Geflüchtetenzentrum umfunktioniert wurde.

Hier vermittelten wir Transportmöglichkeiten und Unterkünfte für Geflüchtete in ganz Europa, vor allem nach Deutschland. (Bild 1, S. 8)

Neben dem Stress und den 14-stündigen Arbeitstagen, bleiben mir vor allem zwei Erlebnisse im Kopf: Trotz des gesamten Stresses und Wirrwarrs, umringt von der Verzweiflung und den Zukunftssorgen der Geflüchteten, gab es sehr viele schöne Momente, etwa wenn man von Dankbarkeit überschüttet wird, nachdem man einer Familie einen Transport und eine Unterkunft an ihrem Wunschziel organisiert hat. (Bilder 2 & 3)



Im Kontrast dazu waren meine Negativhighlights die drei Vertreter:innen eines Sub-Unternehmens der Tönnies-Holding, die zwar mit leeren Bussen mit insgesamt 72 heißbegehrten und dringend benötigten freien Plätzen inklusive Unterkunft auftauchten, jedoch nur Geflüchtete mitnehmen wollten, falls diese auch später für Tönnies arbeiten werden. Kinder und ältere Menschen sollten auf keinen Fall mitgenommen werden. Nachdem mir der Name des Mutterkonzerns genannt wurde, gingen bei mir natürlich die Alarmglocken an, woraufhin ich die Vertreter:innen weggeschickt habe, jedoch nicht ohne mir vorher eine Zusam-

menfassung geben zu lassen. Erpressung wäre in diesem Fall ein Euphemismus, moderner Skla-



venhandel vermutlich treffender.

Da die polnische Administration aufgrund der wiederholten Fälle von sexuellen Übergriffen und Entführungen seit Samstag keine privaten Fahrer:innen mehr verifiziert, sind die Geflüchteten noch mehr auf den Transport durch Organisationen und Unternehmen angewiesen. Dies wird von skrupellosen Unternehmern schamlos ausgenutzt. Selbst aus der Not von Menschen, die ihre Heimat aufgrund von Krieg verlassen mussten, wird versucht Profit zu schlagen.

Patrick Walkowiak, auch Fotos

Jeder Tag ist ein Feministischer Kampftag

Internationaler Feministischer Kampftag der 8. März 2022 in Hamburg



Auch dieses Jahr am 8. März 2022 waren wir, die LAG Feminismus, DIE LINKE Hamburg als Bündnispartner*innen vom **Hamburger Bündnis zum internationalen 8. März Streik** zum Thema **Femizide und Gewalt gegen Frauen*** auf der Straße!

Über 5.000 Feminist*innen und Unterstützer*innen waren am 8. März dem Internationalen Feministischen Kampftag (sternenförmig) in fünf verschiedene Themenbereiche in der Stadt aufgeteilt und zur Abschlusskundgebung am Hamburger Jungfernstieg zusammengekommen. Lautstark, bunt und kämpferisch wurde zur internationalen Solidarität aufgerufen, um gemeinsam in Hamburg wie weltweit für Geschlechtergerechtigkeit zu kämpfen und für die Abschaffung von patriarchaler Gewalt ein Zeichen zu setzen.

(Text/ Foto: Nora Stärz LAG Feminismus)

1. Mai 2022: GeMAInsam Zukunft gestalten! - Demonstration

Auf die Straße am Tag der Arbeit in Hamburg



Programm

11:00 Uhr

Maidemonstration

Motto: Lasst uns geMAInsam die Zukunft gestalten: solidarisch, mitbestimmt, gerecht!

Treffpunkt: Heußweg (Nähe U-Bahn-Station Osterstraße)

12:00 Uhr

Kundgebung auf der St. Pauli Fischmarktstraße (Parallel zum Fischmarkt)

Es sprechen:

Tanja Chawla, Vorsitzende DGB Hamburg
Karsten Burckhardt, Mitglied des IG BAU-Bundesvorstands

Sven Peters, Betriebsrat Lichtblick SE
Yavuz Daşkin, DGB-Jugend Hamburg/Nord

Mit Musik von Microphone Mafia und der Marchingband SuperBrass

- Kinderfest: Die Falken • Infomeile
- Food Trucks, Grill, Getränk

„Gegen Mietenexplosion und Verdrängung“ in St. Georg und anderswo

Von Heike Sudmann, MdHB

Auch der diesjährige dritte Housing Aktion Day (HAD) am 26. März stand wieder unter dem Motto „Wohnen für Menschen statt für Profite“. In Dutzenden Städten fanden an diesem Tag Aktionen statt, sie folgten damit dem bundesweiten Aufruf des „Aktionsbündnisses gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn“. Dessen fünf Forderungen lauten in Kurzform:

1. Wohnungen für alle!
2. Mietschulden erlassen!
3. Mieten senken – Gewinne umverteilen!
4. Wohnungskonzerne vergesellschaften!
5. Bodenspekulation beenden!

Die zentrale Veranstaltung zum HAD in Hamburg fand am besagten Tag – klar – nahe dem Holstenareal statt, dem Inbegriff von städtischem Versagen und massiver Spekulation. Dort wurde ein „Goldener Betonmischer“ enthüllt und an den Senat verliehen, schließlich ist dessen Beitrag für die Vermehrung von Betongold und Goldgruben längst zu einer Legende geworden. Einen schönen, knapp fünfminütigen Mitschnitt zur Aktion hat Rasmus Gerlach vom Funkhaus St. Pauli ins Netz gestellt (<https://vimeo.com/692572766>), mehr Infos finden sich auf der Recht-auf-Stadt-Website (<http://www.rechtaufstadt.net/had-2022/>).



Ich selbst war auf einer Veranstaltung des Einwohnervereins St. Georg zu Gast. Er hatte für den 24. März zu einer Podiumsdiskussion eingeladen, die – zusammen mit einer Kundgebung am Tage des Housing Action Days, also am 26. März – unter dem Motto „Gegen Mietenexplosion und Verdrängung!“ stand. Rund 40 Teilnehmer:innen waren zugegen (auf der Kundgebung zwei Tage später waren es dann etwa 100), um über die Auswirkungen der Wohnungs- und Mietenpolitik auf St. Georg zu diskutieren. Und davon kann dieser Stadtteil schon seit vielen Jahren ein böses Lied singen. Schauen wir uns einmal einige St. Georger Rahmendaten an

- Die Angebotsmieten liegen derzeit bei **17,02 Euro/Quadratmeter** und welche Folgen die **7,3prozentige Steigerung der Mieten laut**

Mietenspiegel 2021 gegenüber 2019 hat, wird sich für viele Haushalte noch zeigen.

- Laut neuem Wohnlagenverzeichnis von Ende 2021 sind u.a. die Koppel 1-29, die Rautenbergstraße 7-11, die Schmilinskystraße 3-15 + 4-18 und der St. Georgs Kirchhof 19-26 in die **„gute Wohnlage“** hochgerutscht, mit dieser Begründung können die Mieten mal eben um 50 bis 100 Euro pro Monat angehoben werden.
- Der **Sozialwohnungsanteil** ist auf 793 Wohneinheiten (= 12,5 %) abgesunken, bis 2026 fallen davon weitere 294 weg.
- Trotzdem befinden sich unter den zwischen 2011 und 2020 **neu gebauten** Wohneinheiten lediglich 190 Sozialwohnungen (= 19,25 %), aber 316 neue Eigentumswohnungen (= 32,02 %) so viel zum Thema Drittmix in St. Georg.
- Das Ergebnis ist ein Stadtteil, der **für viele Menschen nicht mehr bezahlbar ist und Familien wie Senior:innen verdrängt**, der Anteil der unter 18jährigen beträgt noch 10,4 % (in Hamburg sind es 16,6 %), über 65 sind gerade noch 13,8 % (in Hamburg 18,0 %).

Gerne hätte ich den St. Georger:innen mehr Mut gemacht, aber die bedrückende Entwicklung wird weiter anhalten. Solange es keine Kehrtwende in der Politik der Stadt wie auch des Bundes gibt. Doch das steht weder in Hamburg unter SPD/GRÜNEN zu erwarten – ich erinnere an den goldenen Betonmischer – noch in Berlin, wo offensichtlich ausgerechnet die FDP die Wohnungspolitik der Bundesregierung maßgeblich prägt. Um so wichtiger sind vor diesem wenig animierenden Polithintergrund die Aktivitäten und Proteste der Menschen vor Ort.

Auf der Diskussionsveranstaltung am 24. März haben mich vor allem die Berichte einiger Betroffenen beeindruckt. Beispielsweise Kwung-hwa Choi-ahoi, Bewohnerin der Danziger Straße 47, deren 15 Miet- in Eigentumswohnungen umgewandelt worden sind (siehe dazu die Senatsanfrage „Neue Verdrängungswelle in St. Georg“, Drs. 22/7298 vom 15.2.2022,

https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/78870/neue_verdraengungswelle_in_st_georg.pdf). Jetzt „darf“ die aus Südkorea stammende Künstlerin ihre Wohnung bis spätestens 2028 im Vorkauf erwerben, dann wird diese auf den „freien“ Markt der immer teurer werden-

den Eigentumswohnungen angeboten. Sie führte an dem Abend aus: „Wir leben in einer Demokratie. Der Privatbesitz soll respektiert werden. Aber wenn ein Staat das Recht auf Profit der ‚statushöheren‘ Bevölkerung besser unterstützt, und seine Pflicht zum Schutz der ‚statusniedrigeren‘ Bevölkerung übersieht, stimmt hier etwas nicht. Da muss etwas passieren. Bitte, wach auf, deutsches Mietrecht!“



Diskussionsveranstaltung am 24. März, es spricht Micco Dotzauer (Foto: M. Joho)

Ebenso bedrückend waren die Ausführungen von Micco Dotzauer, langjähriger Betreiber der in der schwulen Szene sehr geschätzten „Contact“-Bar in der Danziger Straße 51. Nicht zufällig diese Adresse, denn die neue Eigentümerin des Komplexes Danziger Straße 47/51 hat die Umwandlung der 15 Mietwohnungen betrieben und den ohne Mieter:innenschutz dastehenden vier Ladeninhabern im Souterrain Ende 2021 mit Wirkung zum 30. Juni 2022 gekündigt. Micco Dotzauers traurig anmutender Schlusssatz nach mehr als einem Jahrzehnt auch des sozialen Engagements dieses Wirts: „Noch liegen drei Monate vor uns! Wir bleiben bis zum Schluss für euch da, so Gott bzw. Corona will, werden wir euch auch weiterhin mit speziellen Events überraschen“. Weitere Informationen zur St. Georger Lage und die beiden vollständigen Reden lassen sich in der April-Ausgabe des „Lachenden Drachen“, der Zeitung des Einwohnervereins, nachlesen (<https://ev-stgeorg.de/>).

Es lässt sich angesichts der Vielschichtigkeit der Problematik nicht mal eben schnell festhalten,

was für St. Georgs Mieter:innen (und natürlich nicht nur für die) überfällig wäre, daher nur diese paar Stichworte.

- Ein bundesweiter **Mietendeckel** mit der Möglichkeit der Mietensenkung würde endlich den Mondmieten entgegenwirken.
- Der unselige Paragraphen 172 Absatz 4 Satz 3 Nummer 6 Baugesetzbuch, der Umwandlungen selbst in Gebieten mit einer Sozialen Erhaltungsverordnung (wie in St. Georg) ermöglicht, muss endlich abgeschafft werden. Und überhaupt: DIE LINKE streitet unverändert für ein **Umwandlungsverbot**.
- Der Drittmix im Wohnungsneubau ist bekanntlich nie eingehalten worden. Ihn aber wie in St. Georg hinsichtlich des Sozialwohnungsbaus auch noch drastisch zu unterschreiten, führt zu immer weiterer Verteuerung und Verdrängung in St. Georg. Gerade im aufgeschickten Hauptbahnhofviertel müssen endlich deutlich mehr **Sozialwohnungen** her, weiterer Eigentumswohnungen bedarf es dagegen so gar nicht.
- Und wir brauchen einen **Mieter:innenschutz für Kleingewerbetreibende**, die örtlichen Läden dienen nicht nur der Nahversorgung, sie sind auch ein eminent wichtiger Faktor der Atmosphäre und Liebeshwürdigkeit eines Quartiers.

Das sind natürlich nur einige Forderungen, wer mehr zum Gesamtkomplex Wohnen und Mieten erfahren möchte, dem- bzw. derjenigen sei nach wie vor die allerdings nicht mehr ganz taufische Linksfraktions-Broschüre „Wohnungsnot und Mietenwahnsinn in Hamburg“ empfohlen (https://www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/sites/2/2019/12/2019-12-09-Wohnungspolitische-Broschuere_2019-11_web.pdf).

Leider konnte ich wegen des zeitgleichen Landesparteitages an der Kundgebung des Einwohnervereins am 26. März nicht teilnehmen, aber es soll gut gelaufen sein, wie ich hörte. Wozu sicherlich auch die Musiker:innen von „Tuten und Blasen“ beigetragen haben...

Die Kundgebung in St. Georg am „Housing Action Day“ (26.3.)



„Tuten und Blasen“ eröffneten am 26. März die Kundgebung auf der Danziger Straße (Foto: M. Joho)

Im Hintergrund der Mariendom, Sitz des Erzbischofs



Ungefähr 100 St. Georgerinnen waren dem Aufruf gefolgt. Micco Dotzauer schilderte nicht nur seine Situation, sondern hatte auch Sitzgelegenheiten und Würstchen bereitgestellt.



Micha Joho und mehrere betroffene MieterInnen riefen zur Gegenwehr gegen Mieterhöhung und Verdrängung auf. Mit dabei: Mehrere St. Geogr LINKE, die sich bei ihren Treffen intensiv mit dem Thema befasst hatten. untere Fotos: Hendrik Heidbüchel.

Aus der Bezirksfraktion: Lust auf Kommunalpolitik?

Moin,
habt ihr Lust, Euch in Eurem Umfeld aktiv einzubringen und lokale Gestaltungsspielräume kennenzulernen und zu beeinflussen? Wir brauchen Eure Unterstützung im Bezirk Hamburg-Mitte!

Für etliche Ausschüsse in unserem schönen Bezirk Mitte werden noch solidarische Bürger*innen gesucht, die entweder Mitglieder der LINKEN sind, oder solche, die uns in solidarischer Form nahe stehen.

Dein Einsatz ist gefragt: Sei es bei der Arbeit in den Regionalausschüssen, zum Beispiel für Hamm, Horn, Borgfelde oder aber im Quartiersbeirat Karolinenviertel. In den Ausschüssen und Beiräten gibt es einen Einblick in aktuelle Prozesse der Stadtentwicklung oder lokale Vorhaben. Ihr könnt Euch dort informieren und bei Gelegenheit auch intervenieren. Auch suchen wir Personen für verschiedene Fachausschüsse, wie zum Beispiel den Bauausschuss. Hier habt ihr die Gelegenheit, tatsächliche Ergebnisse Eures Engagements zu sehen und für andere erfahrbar zu machen. Gerade in Hamburg-Mitte brauchen wir eine linke Kommunalpolitik im Interesse der Menschen und nicht des Kapitals, hierzu braucht es ebenso Menschen, die bereit sind für diese Interessen laut zu werden.

Für folgende Ausschüsse suchen wir noch engagierte Personen:

Regionalausschuss Horn/Hamm/Borgfelde

Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Wochenmärkte und Tourismus

Bauausschuss

Forum Hafencity

Stadtteilbeirat St. Georg

Quartiersbeirat Osterbrookviertel

Quartiersbeirat Karolinenviertel

Quartiersbeirat Wohlwillstraße

Quartiersbeirat Reiherstiegviertel

Wenn ihr euch vorstellen könnt mitzuarbeiten, dann meldet euch gerne per Mail bei der Geschäftsstelle (geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de). Wenn ihr noch nicht ganz überzeugt seid und noch Fragen habt, dann meldet Euch ebenso gerne bei den gewählten Mitgliedern der Fraktion, die Euch mit Rat und Tat zur Seite stehen (fraktion@linksfraktion-hamburg-mitte.de). Der Arbeitsumfang für die Ausschüsse umfasst ein Treffen im Monat, die zurzeit allesamt digital stattfinden. Und natürlich den monatlichen Austausch in der Fraktionsversammlung.

Kathi Tchelidze/besel

Mitwirkungspflichten aus §§ 56, 60 SGB II bei ALG II

Wenn ein Antrag auf ALG II beim Jobcenter gestellt wird, gibt es z.B. das große Problem mit dem großen Wust an Anträgen und Formularen, die ausgefüllt werden müssen. Hierzu gibt es sogar Anleitungen zum Ausfüllen. Die Anträge können persönlich, schriftlich und auch per E-Mail beim zuständigen Jobcenter abgegeben werden. Bei E-Mail-Einreichung dürfen 20 MB nicht überschritten werden, da die PCs der Jobcenter auf 20 MB begrenzt sind. Bei einem Antrag auf ALG II kommen aber schnell weit über 20 MB zusammen. Da hilft nur ein Gratis-Tool wie z.B. I love PDF, was bei PDF-Erstellungen hilft diese zu komprimieren und unter 20 MB zu bringen, damit die Jobcenter sie auch öffnen können. Jedoch weigern sich die Jobcenter, sogenannte Link-E-Mails zu lesen, mit der Begründung, diese könnten mit den PCs der Behörde nicht geöffnet werden. In solchen Fällen erhalten die Antragsteller einen großen Umfang an neuen Formularen in einer riesengroßen Versandtasche mit der Post zugestellt nebst einem Hinweisschreiben mit dem Vermerk auf die in § 60 SGB II normierte Mitwirkungspflicht.

Mit einfachen Worten ausgedrückt veranstalten

die Jobcenter dann einen riesigen Zirkus. Hinzu kommt ja auch noch, dass extra eine Frist gesetzt wird, in der man Zeit hat, alles noch einmal neu einzureichen. Wer es in dieser Frist beispielsweise zeitlich nicht schafft, läuft Gefahr dass die Leistung versagt wird. Alles das geschieht nach Ermessen der Jobcenter aus § 40 VwVfG.

Den Gesetzeswortlaut findet man hier unter diesem Link:

<https://www.buzer.de/gesetz/2602/b7324.htm>

Weitere nützliche Hilfen sind hier zu finden online in einem Handbuch zu SGB II:

<http://www.grundsicherungs-handbuch.de/Handbuch/Mitwirkungspflichten/mitwirkungspflichten.html>

<https://www.arbeitsagentur.de/wissensdatenbank-sgbii/60-algii-auskunftspflicht-mitwirkungspflicht-dritter>

Bei eingelegten und einzulegenden zulässigen und begründeten Widersprüchen im Vorverfahren

aus § 68 VwGO an die sich möglicherweise ein Hauptsacheverfahren vor einem Gericht anschließt:

<https://hartz4widerspruch.de/ratgeber/basic/mitwirkungspflicht/>

In solchen Fällen ruht das Verwaltungsverfahren bei den Jobcentern und es gibt bis auf weiteres kein Geld vom Jobcenter. Wichtig hierbei ist zu beachten sich einen Fachanwalt zu nehmen, der ggf. Rat gibt und mit dem alle weiteren Schritte besprochen werden können. Soweit sollte man es jedoch nicht kommen lassen,

L e i t s ä t z e zum Urteil des Ersten Senats vom 5. November 2019 - 1 BvL 7/16 - (Sanktionen im Sozialrecht) Leitsatzentscheidung Leading Case unter folgendem Link:

https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2019/11/1s20191105_1bvl000716.html

Das BVerfG hat sich in seiner Entscheidung sehr deutlich dazu geäußert, dass derartige Sanktionen stets verhältnismäßig nach Art.20 III GG sein müssen.

Recht haben und zudem auch noch Recht kriegen sind fast immer 2 Seiten. Von daher sollte das bereits vorgeschlagene Arbeitslosengeld Plus an die Stelle von ALG II treten, so wie einst die damalige Arbeitslosenhilfe. Was die SPD sich da hatte 2004 einfallen lassen, war echt das allerletzte. Es wurde 2004 quasi versucht unseren Sozialstaat abzuschaffen im Sinne neoliberaler Politik. Nun muss die LINKE versuchen ihr beschlossenes Parteiprogramm umzusetzen:

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article234664092/Hartz-IV-Ueberwindung-Davon-kann-man-erst-sprechen-wenn-Sanktionen-wegfallen.html>

<https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldunggen-873006>

<https://www.linksfraktion.de/themen/nachrichten/detail/ampelprojekt-buergergeld-worte-allein-fuellen-keine-kuehlschraenke/>

Roberto Perez Hagen

Der Hartz-IV-Regelsatz 2022 ist viel zu niedrig

Der neue Hartz-IV-Regelsatz für 2022 beträgt 449 Euro im Monat für Alleinstehende und Alleinerziehende (2021: 446 Euro). 404 Euro für Partner, wenn beide volljährige sind (2021: 401 Euro). 360 Euro für erwachsene Leistungsberechtigte, die keinen eigenen Haushalt führen, weil sie im Haushalt anderer Personen leben. Dass das zu wenig und nicht auskömmlich ist, ist unbestritten.

Das Arbeitslosengeld II (Hartz IV) und das Sozialgeld sind Teil der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts und damit Teil der Leistungen zur Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums. Der Regelbedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts umfasst insbesondere Bedarfe für Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Haushaltsenergie (ohne Heizung und Warmwasser) sowie Bedarfe zur Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben. Leistungsberechtigte Personen erhalten den sogenannten Regelsatz. Und dazu kommt ja noch, dass elektrischer Strom vom Regelsatz bezahlt werden muss. Dieses wird nur dann von § 22 SGB II erfasst, wenn die Warmwasserbereitung durch elektrischen Strom erfolgt. Grundlage der Fortschreibung für 2022 sind die Bedarfssätze aus dem Jahr 2021. Das Statistische Bundesamt errechnet die sogenannte Fortschreibung der Regelbedarfe jährlich anhand eines Mischindex. Dieser setzt sich zu 70 Prozent aus der Preisentwicklung und zu 30 Prozent aus der Nettolohnentwicklung zusammen.

Grundsätzlich festgelegt werden die Regelsätze auf Basis einer Einkaufs- und Verbraucherstich-

probe (EVS). Diese wird alle fünf Jahre durchgeführt, zuletzt 2018. In den Jahren, in denen keine EVS durchgeführt wird, ist eine Fortschreibung der Regelbedarfsstufen vorgesehen. Nun hat sich jedoch der Strompreis so drastisch erhöht, dass viele Betroffene keinen Strom mehr bekamen, weil sie die Nachzahlungen nicht vom Regelsatz zahlen konnten. In § 22 SGB II ist eine Darlehensregelung. Unter

<https://www.buzer.de/gesetz/2602/a37307.htm> sind die Zitierungen von 2005 bis 2022 zu finden.

Als Sozialstaatsprinzip wird der verfassungsrechtliche Auftrag in Art. 20 Abs. 1 des Grundgesetzes bezeichnet, nach dem die „Bundesrepublik Deutschland [...] ein [...] sozialer Bundesstaat“ ist. Gemäß Art. 28 Abs. 1 Satz 1 GG werden die Bundesländer an die Grundsätze des sozialen Rechtsstaates gebunden. Jedoch ist der § 22 SGB II m.E. damit seit Schaffung von ALG 2 schon längst nicht mehr vereinbar. Mehr dazu unter:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Sozialstaatsprinzip>

<https://www.juraforum.de/lexikon/sozialstaat>

<https://www.juracademy.de/staatsorganisationsrecht/staatsstrukturprinzipien-und-staatszielbestimmungen/2-teil-staatsstrukturprinzipien-und-staatszielbestimmungen/f-das-sozialstaatsprinzip.html>

Auch wenn wir derzeit sehr viele andere neue Probleme und zudem auch neuerdings wieder in Europa in der Ukraine nach 1945 wieder einen Angriffskrieg mit Flüchtlingsströmen von Ost nach West haben, dürfen wir unsere Probleme, die

durch damalige SPD verursacht wurden, nicht vergessen und müssen als Linke den Sozialstaat retten. Es kann und darf einfach nicht sein, dass Schwache und Ärmere dadurch nun noch weniger Geld haben. Die Stromkosten sind separat zu zahlen. Eine entsprechende Änderung von § 22 SGB II ist dringend notwendig und sollte in den

Ausschüssen zu einem Änderungsgesetz ausgearbeitet und in der Linken diskutiert werden. Insbesondere geht es hierbei um § 22 II SGB II. Die Übernahme der Stromkosten ist in den Wortlaut von § 22 III SGB aufzunehmen. Die derzeitige Fassung genügt dem Sozialstaatsprinzip so nicht.

Roberto Perez Hagen

Mindestlohn fördert die Armut

Der Mindestlohn soll nun auf zwölf Euro steigen Mehr Lohn für Millionen Menschen? Der gesetzliche Mindestlohn soll zum 1. Oktober 2022 auf zwölf Euro brutto je Stunde steigen, die Mini-Job-Grenze auf 520 Euro. Das Bundeskabinett hat den von Bundesarbeitsminister Heil vorgelegten Gesetzentwurf beschlossen. Das alles ist jedoch die Legalisierung sowie eine Förderung der Armut und ein Abbau des Sozialstaates. Und für einen solchen Lohn auch noch arbeiten zu müssen, haben wir der SPD, FDP und den Grünen nun zu verdanken. Mit dem Sozialstaatsprinzip aus Art.20 I GG und Art. 28 Abs. 1 Satz 1 GG ist das unvereinbar.

Hier einige Übersichten zu den gesamten Armutsgesetzen:

<https://www.gesetze-im-internet.de/milog/BJNR134810014.html>
https://www.gesetze-im-internet.de/aentg_2009/
<https://www.gesetze-im-internet.de/milov3/index.html>
https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Arbeitsrecht/mindestloehne-gesamtuuebersicht.pdf?__blob=publicationFile&v=18

Jetzt muss die Linke 2022 als Opposition die Chance nutzen, den Mindestlohn abzuschaffen. Denn so sind auskömmliche Löhne nun nicht mehr möglich. Der Mindestlohn ist und war von Anfang gescheitert. Jetzt 2022 durch den Ukraine-Krieg haben wir nun den Beweis, dass das so nicht weitergehen kann und auch nicht mehr weitergehen darf. Alle Arbeitnehmer:innen im Mindestlohnsektor sind in prekären Arbeitsverhältnissen und können von ihrer Arbeit nicht leben. Geschweige denn nun auch noch das Geld für die Fahrt zur Arbeit und von der Arbeit nach Hause aufbringen von diesen Einkünften. Da gehört nun ein Riegel vorgeschoben. Der Kapitalismus und auch der Neoliberalismus sind nun gescheitert. Mindestlohn bedeutet Ausbeutung der Arbeitnehmer:innen und eine weitere Maximierung des Gewinns der Kapitalist:innen. Es wird ja bereits seit den 1990er-Jahren dabei von Kosten-

senkungen gesprochen. Denn Weihnachts- und Urlaubsgeldansprüche, sowie weitere Sozialleistungen lassen sich aus dem Mindestlohngesetz nicht ableiten. Zudem werden die Rentenansprüche der Mindestlohnarbeitnehmer gekürzt und abgesenkt, weil aufgrund zu geringer Bruttolohnsummen die Beiträge in die Rentenversicherung (RV) schlichtweg zu gering sind. Die Inflationsrate sorgt später dann dafür, dass die Renten nicht auskömmlich sind. Die Armut entsteht durch den Kapitalismus. Zudem verstößt der gesetzliche Mindestlohn auch gegen den Gleichheitsgrundsatz aus Art.3 I GG. Näheres zum Gleichheitsgrundsatz unter den folgenden Links:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Gleichheitssatz>

<https://www.jura.uni-muenchen.de/pub-dokumente/202004/20200416131558.pdf>

https://www.haufe.de/personal/haufe-personal-office-platin/arbeitsrechtlicher-gleichbehandlungsgrundsatz-12-abgrenzung-zum-allgemeinen-gleichheitssatz-des-art3-gg_idesk_PI42323_HI1505424.html

https://de.wikipedia.org/wiki/Artikel_3_des_Grundgesetzes_f%C3%BCr_die_Bundesrepublik_Deutschland

<https://www.jura.uni-muenchen.de/pub-dokumente/202004/20200416131558.pdf>

Es wurde in den letzten 32 Jahren nach der Wiedervereinigung seit 1990 derart viel kaputt gemacht durch eine fehlerhafte Politik, dass wir nun anfangen müssen, endlich einmal zu reparieren. Denn es steht und stand schon immer sehr viel auf dem Spiel. Alleine z.B., dass immer mehr Menschen obdachlos werden, kommt durch den Neoliberalismus. Dieser gefährdet unseren Sozialstaat. Es wurde dieser Sozialstaat leider immer mehr und mehr dereguliert.

Roberto Perez Hagen

Klar, 12 € sind immer noch zu wenig Aber: Was würde eigentlich durch die Abschaffung des Mindestlohns besser???.-red

Termine in (und für) Mitte

Immer freitags, 17 bis 18 Uhr

Mahnwache für den Gedenkort Stadthaus
Stadthausbrücke

Dienstag, 05.04., 19:00 Uhr

Mietendiskussion der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Bürgerhaus s.S. 3.

Sonntag, 10. 04, 10 bis 17 Uhr

Strategiekonferenz der LINKEN HH
Bürgerhaus Wilhelmsburg (s.S. 2)

Montag, 11.04., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Donnerstag, 14.04., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Gaststätte „Schweinske“, Möllner Landstraße 2

Montag, 18.4., 13:30 Uhr

Ostermarsch, ab Reeperbahn (s. Anhang)

Dienstag, 19.04., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
online

Mittwoch, 20.04., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
LAB, Hansaplatz 10

Mittwoch, 20.04., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Donnerstag, 21.04., 17:30 Uhr

Öffentliche **Sitzung der Bezirksversammlung**
(digital, Livestream verfügbar)

Mai 2022

Sonntag, 01. 05., 11 Uhr

Maidemo des DGB Hamburg
ab Heußweg (U-Bahn Osterstraße) s. S. 10

Dienstag, 03.05., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
online

Montag, 09.05., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Donnerstag, 12.05., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Gaststätte „Schweinske“, Möllner Landstraße 2

Dienstag, 17.05., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
online

Mittwoch, 18.05. 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9 (??)

Mittwoch, 18.05., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.
Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck
fremdes@gmx.de

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Nilüfer Aydin		
Alexander Benthin		
Maria Bronner		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Andreas Grünwald (Schatzmeister)		
Ruben Hittmeyer		
Jörg Otto		
Norbert Weber		
Petra Zepter		
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteNmang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX

*Abrüsten statt Aufrüsten!
Russische Truppen raus aus der Ukraine!
Keine NATO-Expansion!
Keine atomare Aufrüstung!*



OSTERMARSCH 2022

**NEIN ZUM
KRIEG!**

*Demonstration
Ostermontag*

18. April um 13 Uhr

Reeperbahn (Höhe Spielbudenplatz)
13 Uhr Osterandacht, 13:30 Uhr Start-Kundgebung



Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.
www.hamburgerforum.org
Dr. Markus Gunkel, c/o Hamburger Forum, Eiffestraße 600, 20537 Hamburg